

Ohne Ausbildung keine Pflege: Nur mit Qualität ist Quantität zu sichern!



Ein großer Anteil der Pflegeausbildungsplätze in Baden-Württemberg ist an Schulen in freier Trägerschaft. Diese haben in den vergangenen Jahren die Ausbildungsplätze zwar weiter ausbauen können, fehlende politische

Weichenstellungen haben aber trotz Mahnungen der freien Pflegeschulen verhindert, dass die Ausbildung in der Pflege endlich bedarfsgerecht ausgebaut werden kann.

Wir brauchen diese Weichenstellung jetzt, denn alle Signale stehen auf Alarm. Jetzt muss gehandelt werden:

Laut statistischem Landesamt sind 2025 3500 Pflegefachstellen unbesetzt, ein historisch hoher Wert. Baden-Württemberg droht ohne schnelle Maßnahmen der Pflegenotstand. Die Vorausberechnungen können nichts mehr beschönigen: Um die Versorgung in Baden-Württemberg zu sichern, müssen bis 2040 rund 189.000 Beschäftigte neu eingestellt werden – ein Zuwachs um 30 % bzw. 44.000 Pflegekräfte gegenüber 2021. Im Jahr 2060 liegt der Bedarf voraussichtlich bei 248.000 Pflegekräften, was 70 % mehr als im Basisjahr 2021 bedeutet. Für unser Land bedeutet das: Wir müssen die Schulplätze noch viel mehr ausbauen, denn qualitativ gute Pflege geht nur zusammen mit qualitativ guter Ausbildung. Und obwohl es einen leichten Rückgang der Ausbildungszahlen in einzelnen Pflegeeinrichtungen gibt, begannen im Jahr 2023 etwa 7.300 Personen eine generalistische Pflegeausbildung. Das sind rund 15 % als im Vorjahr. Allerdings bleibt die Zahl der Ausbildungsabbrüche hoch: 2.088 Auszubildende brachen 2023 ihre Ausbildung ab, was strukturelle Schwächen im Ausbildungssystem verdeutlicht und den Abwärtstrend gemessen am Verlauf bestenfalls verzögern wird.

Deshalb fordern wir jetzt ein Gegensteuern!

✔ **Ohne Deutsch und Integration gelingt keine erfolgreiche Ausbildung** – Wir fordern das Land auf, die Finanzierung von berufsspezifischem Deutschunterricht und Integrationsbegleitung zur Sicherung des Ausbildungserfolges endlich zu regeln: Solange diese Kosten von den Kostenträgern nicht in den Pauschalen berücksichtigt werden, müssen Sprachförderung und Integrationsbegleitung über Landesmittel finanziert werden. Die Schüler und Schülerinnen in der generalistischen Pflegeausbildung und den Pflegehelferausbildungen haben zu einem sehr hohen Anteil einen Migrationshintergrund. Durch erfolgreiche Anwerbung kommen immer mehr Pflegeschülerinnen und -schüler direkt aus dem Ausland, um in Deutschland eine Pflegeausbildung zu absolvieren. Sprachförderung, speziell berufsspezifischer Deutschunterricht sind unabdingbar für einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Ein immer größer werdender Teil der Schülerschaft benötigt zudem Integrationsbegleitung, die direkt an der Schule angeboten werden muss, um eine kontinuierliche Begleitung der Schülerinnen und Schüler über alle verschiedenen Praxiseinsatzstellen hinweg zu sichern. Die Integrationsbegleitung ist ein zweiter elementarer Faktor, um Abbrüche von Ausbildungen zu vermeiden und zu verringern. In den Pflegepauschalen sind diese Kosten bislang nicht berücksichtigt – unsere Schulen dürfen mit diesen stetig wachsenden Anforderungen nicht länger allein gelassen werden.

✔ **Der aktuelle Lehrkräftemangel gefährdet die Ausbildungsplätze in der Pflege** – Wir fordern: kein Ausruhen auf der Verlängerung der Übergangsfrist des erforderlichen Masterabschlusses bis 31.12.2035, sondern jetzt berufsbegleitende pflegepädagogische Studienangebote in Baden-Württemberg aus- anstatt zurückbauen. Die aktuelle Änderung des PflBG, die es den Ländern durch Landesrecht ermöglicht, nun bis 31.12.2035 eine Aussetzung

des erforderlichen Masterabschlusses für Pflegelehrkräfte regeln zu können, bringt den Schulen etwas Luft. Neben dieser unbedingt notwendigen Aussetzung auf Landesebene brauchen die Schulen zugleich eine stärkere Flexibilisierung beim Lehrkräfteeinsatz. Dass z.B. Ärztinnen nur eingeschränkt Pflegemedizin unterrichten dürfen, weil sie kein pädagogisches Zusatzstudium haben, ist nicht hinnehmbar. Um 2035 nicht wieder an einem ähnlichen Punkt wie heute zu stehen, muss der Ausbau von attraktiven berufsbegleitenden pflegepädagogischen Studienangeboten mit hohen Online-Anteilen in Baden-Württemberg, die eine parallele auskömmliche Lehrtätigkeit ermöglichen, vorangetrieben werden. Denn der erforderliche Ausbau von Schulplätzen kann nur mit qualifizierten Lehrkräften gelingen. Was uns mit großer Sorge erfüllt: Bereits jetzt werden weitere Schulklassen nicht genehmigt, weil das Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:20 an Lehrkräften nicht erreicht werden kann, obwohl die Nachfrage von Seiten der Bewerbenden sehr gut ist. Das darf keine Normalität werden!

- ✓ **Freie Träger von Pflegeschulen müssen beim Ausbau von Schulplätzen ausreichend gefördert werden** - Wir fordern das Land auf, eine Lösung zu schaffen, um zukünftig eine für alle Pflegeschulen einheitliche und rechtssichere Finanzierung nicht nur der Betriebskosten, sondern auch der Gebäude- und Investitionskosten zu gewährleisten. Der dringend benötigte Ausbau an Schulplätzen kann nur gelingen, wenn Pflegeschulen neu bauen oder Bestandsgebäude sanieren und ausbauen können. Da eine bundeseinheitliche Regelung zur Refinanzierung der Miet- und Investitionskosten für alle Pflegeschulen noch nicht zustande gekommen ist, waren wir 2020 über die VwV Schulraumförderung als „Zwischenlösung“ für die freien Träger von Pflegeschulen zwar sehr erleichtert, sie schafft jedoch keine rechtssichere Perspektive für Investitionsmaßnahmen über 2029 hinaus. In der Fortschreibung der VwV (bis 31.12.2029) sind die Mietzuschüsse auf dem Niveau von 2018 eingefroren. Sie müssen dringend auf aktuelle Miethöhen angehoben und zukünftig dynamisiert werden.

- ✓ **Pflegeschülerinnen und -schüler durch die Förderung von Übernachtungskosten in Blockunterricht unterstützen und so die Attraktivität der Pflegeausbildung steigern** - Wir fordern eine Gleichbehandlung von Schülern und Schülerinnen in der Pflegeausbildung bezüglich der Übernachtungspauschale und den Schülern in einer dualen Ausbildung. Die Bedarfe an Pflegekräften sind nicht allein in den Ballungsgebieten und Metropolregionen hoch. Wir müssen unbedingt die vielen ländlichen Regionen mitdenken, in denen die Schülerinnen und Schüler lange Anfahrtswege für die Pflegeausbildung in Kauf nehmen. Für Schülerinnen und Schüler in dualen Ausbildungen öffentlicher Schulen werden bei Blockbeschulung, die nicht am Wohnort stattfindet, die Übernachtungskosten vom Land gefördert. Die Pflegeschülerinnen und -schüler müssen bei der Übernachtungspauschale ebenso berücksichtigt werden: für eine attraktive Pflegeausbildung und die Sicherheit eines Übernachtungszuschusses.
- ✓ **Pflegeschulen planen und koordinieren am Limit** - Wir fordern das Fortbestehen und den Ausbau der vom Land geförderten Koordinierungsstellen und eine vom Land angestoßene Bundesinitiative zur Reduzierung der Fremdeinsätze in der generalistischen Pflegeausbildung. Die Koordination der Praxiseinsätze der generalistischen Pflegeausbildung wird von dem überwiegenden Teil der Pflegeschulen für die Träger der praktischen Ausbildung übernommen. Dies bringt die Pflegeschulen jetzt schon an Grenzen. Die neu hinzukommende Pflegefachassistentenausbildung spitzt dies weiter zu. Ausbildungsplätze stehen auf dem Spiel. Es fehlen schon jetzt dringend benötigte Praxisplätze für die Fremdeinsätze (z.B. Pädiatrie, ambulante Langzeitpflege, stationäre Akutpflege) – je nach Region in unterschiedlichem Umfang und verschiedenen Versorgungsbereichen. Im ländlichen Raum kommt die Erreichbarkeit der Einsatzplätze für das Fremdpraktikum erschwerend hinzu. Das kann sich das Land nicht erlauben. Die Koordinierungsstellen sind wichtige Ansprechpartner für Praxisträger und Schulen und ermöglichen eine koordinierte Verteilung der Praxiseinsatzstellen für das Fremdpraktikum,



die in der aktuellen Situation – auch angesichts der Einführung der Pflegefachassistentenausbildung – nicht wegfallen dürfen. Zudem muss die Anzahl der Pflichtfremdeinsätze in der Generalistik drastisch gekürzt werden, um nicht weitere Ausbildungsplätze zu gefährden.

- ✓ **Gute Praxisanleitung sichert die Qualität und den Erfolg einer Ausbildung** – Wir fordern angesichts des aktuellen Mangels an qualifizierten Praxisanleitungen eine Erweiterung des Personenkreises, die übergangsweise Praxisanleitung übernehmen darf. Eine gute und qualifizierte Praxisanleitung kann aktuell nicht ausreichend in allen Praxisstellen gewährleistet werden oder fällt immer öfter ganz aus. Dies führt zunehmend zu hoher Unzufriedenheit bei den Schülerinnen und Schülern, die auch schon zu Ausbildungsabbrüchen führt. Solange qualifizierte Praxisanleitungen nicht ausreichend verfügbar sind, sehen wir – analog zur Aussetzung der erforderlichen Qualifikation bei den Pflegepädagoginnen und -pädagogen – in einer übergangsweisen Erweiterung des Personenkreises eine überaus gute und praktikable Lösung. Um den Erfolg von Ausbildungen zu sichern, sind auch die vielen sehr erfahrenen Pflegefachkräfte und solche mit besonderen Zusatzqualifikationen und speziellen Aufgaben zur Praxisanleitung zuzulassen.

- ✓ **Schulen mit Implementierung der Pflegefachassistentenausbildung nicht alleine lassen** – Wir fordern eine Transformationsfinanzierung für die freien Schulträger, um die komplexen und strategischen Herausforderungen zu bewältigen. Die geplante Neueinführung der Ausbildung zur generalistischen Pflegefachassistenz stellt die Schulträger vor enorme interne Herausforderungen. Die „Reformdichte“ in diesem Feld fordert auf allen Ebenen heraus: Die Neueinführung von Ausbildungen an Schulen erzeugt hohe

Implementierungskosten und Anschaffungskosten z.B. für Lehrmaterialien und Digitale Tools. Bei der Einführung der generalistischen Pflegefachkraftausbildung wurden die freien Schulträger mit diesen Kosten vom Land alleine gelassen, was in der Folge zu weniger Potential beim Ausbau von Plätzen geführt hat. Diesen Fehler darf Baden-Württemberg nicht wiederholen: Das Land muss die freien Schulträger in der Vielzahl von komplexen und strategischen Herausforderungen finanziell unterstützen.

- ✓ **Baden-Württembergs Erfolgsmodell muss weitergehen** – Wir fordern, dass die neue generalistische Pflegefachassistentenausbildung bedarfsgerecht im Land angepasst und bestehende erfolgreiche Konzeptionen (z.B. Pflegehilfesausbildung mit intensiver Deutschförderung) weiterhin ohne bürokratische Hindernisse weitergeführt werden können. Baden-Württemberg muss sich in der aktuellen Gesetzgebung zur Einführung der generalistischen Pflegefachassistenz beim Bund für eine Öffnungsklausel dahingehend einsetzen, dass die geplanten 18 Monate Ausbildungszeit auch durch weitere Modelle in den Ländern verlängert werden kann, um z.B. die Sprachförderung und Integrationsbegleitung landesspezifisch zu integrieren.